



Infopapier: Engagementstrategie des Bundes

Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement ist gelebte Demokratie. Mit der Engagementstrategie legt die Bundesregierung die Grundlage für eine zukunftsgerichtete Engagementpolitik des Bundes. Durch unterstützende Rahmenbedingungen und Hilfestellungen soll freiwilliges Engagement für alle ermöglicht und dieses zukunftsfest gestärkt werden. Mit der Strategie wird eine „Kultur der Ermöglichung“ mit konkreten Maßnahmen unterlegt. Damit fördern wir freiwilliges Engagement und somit auch den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Bundesregierung schafft mit der Engagementstrategie eine Partnerschaft auf Augenhöhe mit der Zivilgesellschaft.

Wichtigste Inhalte

Ob Aktivitäten lokaler Vereine und Initiativen, Unterstützung für vor Krieg geflüchtete Menschen, Engagement im sozialen und nachbarschaftlichen Umfeld oder ehrenamtliches Engagement für den Klima- oder Umweltschutz: Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement ist gelebte Demokratie. Knapp 29 Millionen Menschen engagieren sich in Deutschland freiwillig und leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Gestaltung des Gemeinwohls und die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderung. Das Engagement ist dabei so vielseitig und vielfältig wie unsere Gesellschaft selbst. Noch immer findet es am häufigsten in Vereinen und Verbänden statt, zugleich entstehen neue Formen und Felder des Engagements. Informelles und kurzfristiges Engagement nehmen zu, die Digitalisierung macht neue Angebote möglich.

All das eröffnet freiwilligem Engagement neues Potenzial und neue Dynamik. Zugleich machen gesellschaftliche Entwicklungen und Herausforderungen, wie der digitale Wandel, überlappende Krisenlagen, die sozial-ökologische Transformation oder der demografische Wandel auch vor dem Engagement nicht halt.

Um die Veränderungen mit zu gestalten, braucht es eine neue Engagementstrategie des Bundes, mit der die Bundesregierung das freiwillige Engagement so vieler Menschen zukunftsfest unterstützen kann.

- Die Engagementstrategie ist Richtschnur für die Engagementpolitik des Bundes in den kommenden Jahren. Leitend ist der Gedanke einer „Kultur der Ermöglichung“: Die Bundesregierung möchte freiwilliges, auf den Werten der Verfassung ausgerichtetes Engagement für alle ermöglichen und fördert und stärkt dieses durch geeignete Rahmenbedingungen.
- Die Bundesregierung legt ihrer künftigen Engagementpolitik zehn Leitlinien zugrunde. Maßgeblich geleitet wird ihr Handeln von dem Ansatz eines Dialogs auf Augenhöhe zwischen Staat und nicht-staatlichen Akteurinnen und Akteuren.
- Mit der Engagementstrategie werden fünf strategische Ziele verfolgt: (1) Freiwilliges Engagement in Krisenzeiten und Transformationsprozessen stärken, (2) Teilhabe ermöglichen – Vielfalt anerkennen, (3) Strukturellen Herausforderungen für freiwilliges Engagement begegnen, (4) Digitale Transformation der Zivilgesellschaft begleiten, (5) Engagement über Grenzen hinweg ermöglichen.
- In der Strategie sind alle Menschen, die sich freiwillig engagieren, eingeschlossen – unabhängig von Alter, Wohnort, Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft, Behinderung, Bildungshintergrund oder sozio-ökonomischen Hintergrund und unabhängig davon, für was und in welcher Form sie sich engagieren.
- Die Bundesregierung wird sich alle zwei Jahre mit der Zivilgesellschaft und weiteren Akteuren der Engagementförderung zum Umsetzungsstand und zur

Weiterentwicklung der Engagementstrategie austauschen. Damit schaffen wir eine Partnerschaft auf Augenhöhe.

Konkrete Maßnahmen für starkes Engagement

Die Strategie umfasst zahlreiche Maßnahmen und Vorhaben im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes, um die mit der Strategie verfolgten fünf Ziele zu erreichen. Dazu zählen:

- Es wird ein regelmäßiges „Engagementmonitoring“ der Bundesregierung mit der Zivilgesellschaft eingerichtet. Damit werden die rechtlichen Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement kontinuierlich überprüft.
- Engagierte sollen durch Beratungs-, Qualifizierungs- und Vernetzungsangebote in ihrem Engagement noch besser unterstützt werden. Hierfür sollen beispielsweise die Beratungsangebote der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt noch bedarfsorientierter erfolgen und Fachinformationen über deren Internetangebote zugänglich gemacht werden.
- Neu-Engagierte und hier insbesondere Menschen mit erschwertem Zugang zum Engagement sollen besser erreicht werden. Hier soll perspektivisch ein Förderprogramm zur fachlichen Unterstützung von ehrenamtlichen Organisationen aufgesetzt werden.
- Das vielfältige Engagement soll noch sichtbarer werden. Dazu sollen Formate wie der Deutsche Engagementpreis weiterentwickelt und neue Formen der Anerkennung erprobt werden.
- Förderverfahren werden so weit wie möglich vereinfacht und digitalisiert. Interessierte und Antragstellende werden von Anfang an verstärkt begleitet. So soll zum Beispiel bei jedem Förderprogramm in einem frühen Stadium über dessen Förderbedingungen unterrichtet werden und durch eine qualitative Förderberatung sichergestellt werden, dass auch kleine und junge Organisationen gute Chancen auf Förderung haben.
- Ein Schwerpunkt liegt auf dem Aufbau und die Erhaltung tragfähiger Strukturen und starker Netzwerke vor Ort und in den Regionen. Dazu setzt die Bundesregierung auf die Kooperation zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Das Netzwerkprogramm „Engagiertes Land“ soll beispielsweise ausgebaut werden.

Fakten und Hintergründe des Vorhabens

- 39,7 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren in Deutschland engagieren sich freiwillig – das sind fast 29 Millionen Menschen und rund 9 Prozent mehr als 1999.
- Als Motive für ein freiwilliges Engagement werden von Engagierten am häufigsten Spaß und Freude am Engagement (93,9 Prozent) genannt, gefolgt von dem Motiv, anderen Menschen zu helfen (88,5 Prozent). Weitere Beweggründe sind etwas für das Gemeinwohl zu tun (87,5 Prozent), die Gesellschaft mitzugestalten (80,4 Prozent) sowie mit anderen Menschen zusammenzukommen (72,4 Prozent). Und 63,1 Prozent wollen mit ihrem Engagement Gutes zurückgeben, weil sie selbst Engagement erfahren haben.
- Über den modulare [Beteiligungsprozess „Mit Euch. Für Alle.“ der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt](#) wurden über 10.000 Menschen erreicht, über 8.300 Ideen sind alleine über diesen Weg eingegangen. Das BMFSFJ hat über 200 Organisationen und die kommunalen Spitzenverbände nach ihren Vorschlägen gefragt. Im Zuge dieser Beteiligung hat das [Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement](#) in seinem Netzwerk einen breit angelegten Diskussionsprozess initiiert und Policy Paper zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen veröffentlicht. Über die Verbändebeteiligung haben das BMFSFJ damit nochmals 113 Positionspapiere erreicht. Auch die Länder wurden eingeladen, ihre vielfältige Expertise und Erfahrungen in den Prozess einzubringen. Der [Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ des Deutschen Bundestags](#) hat den Beteiligungsprozess mit Fachgesprächen begleitet. Zur Steuerung und Begleitung des Beteiligungsprozesses wurde unter Leitung des BMFSFJ eine Koordinierungsrunde eingerichtet, der Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft (BBE, BfG), des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ des Deutschen Bundestags, der Bundesregierung (BMFSFJ, BMEL, BMI), der Länder sowie der DSEE angehörten.



Aktueller Stand / Nächste Schritte

Die Engagementstrategie des Bundes wurde am 04.12.2024 vom Bundeskabinett beschlossen.